



**SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, UWG  
Gruppe im Rat der Gemeinde Rastede**

**Monika Sager-Gertje | Horst Segebade**  
Fraktionsvorstand SPD  
monika.sager-gertje@ewetel.net  
horst.segebade@web.de

**Jan Hoffmann**  
Fraktionssprecher BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
jan.hoffmann@gruene-rastede.de

**Theo Meyer**  
Fraktionssprecher UWG  
theo1.meyer@gmail.com

Rastede, den 13.07.2023

GRUPPE SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, UWG IM RAT DER GEMEINDE RASTEDE

Herrn Bürgermeister der Gemeinde Rastede  
Lars Krause  
Sophienstraße 27

26180 Rastede

## **Beitritt der Gemeinde Rastede zur Initiative**

### **„Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krause,

die Gruppe der Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und UWG im Rat der Gemeinde Rastede stellt folgenden Antrag und bittet diesen in den zuständigen Ausschüssen öffentlich zu behandeln:

#### **Beschlussvorschlag:**

**Die Gemeinde Rastede schließt sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an und zeichnet deren Positionspapier mit.**

**Die Gemeinde schließt sich insbesondere den Kernpositionen der Initiative an:**

- a. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.**
- b. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr - auch auf Hauptverkehrsstraßen - als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.**



- c. **Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.**
- d. **Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.**

### **Begründung**

Die rechtlichen Hürden für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Hauptstraßen sind sehr hoch. In Rastede zeigt sich das zum Beispiel deutlich in der Oldenburger Straße zwischen Bahnhofstraße und Raiffeisenstraße: Obwohl die Fahrbahn relativ schmal ist, gibt es nur eine Begrenzung auf 30 km/h für Fahrzeuge, die mehr als 5 Tonnen wiegen. Die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“, der bis Juli 2023 bereits 846 Kommunen beigetreten sind, hat das Ziel, den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit bei der Anordnung von Höchstgeschwindigkeiten zu geben. So heißt es im Positionspapier der Initiative:

„Die zulässige Höchstgeschwindigkeit muss endlich überall über die zuständigen Straßenverkehrsbehörden so angeordnet werden können, wie es unter Abwägung aller relevanten umwelt-, verkehrs- und städtebaubezogenen Belange angemessen ist. Dies nutzt den Städten, erweitert ihre Gestaltungsfreiheit und öffnet ihre Entwicklung in Richtung mehr Lebendigkeit, Lebensqualität und Nachhaltigkeit.“

Für eine niedrigere Geschwindigkeit spricht, dass Straßen dadurch erheblich sicherer werden, insbesondere für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen sowie mobilitätseingeschränkte Personen. Außerdem werden die Straßen leiser und die Aufenthaltsqualität steigt. Gerade eine Geschäftsstraße wie die Oldenburger Straße kann davon profitieren.

Wir nehmen als Gruppe wahr, dass die Bürger\*Innen in unserer Gemeinde zunehmend auf Gefahren im öffentlichen Straßenverkehr hinweisen und dieses Thema von hoher Relevanz ist. Es zeigt sich in Gesprächen, dass der Wunsch nach einer restriktiveren Geschwindigkeitsbegrenzung zur Gefahrenabwehr für schwächere Verkehrsteilnehmer an Gefahrenstellen hohe Zustimmung findet.



Wir sind der Auffassung, dass Gemeinden, unabhängig von den derzeit bestehenden Zuständigkeiten, ein breiterer Ermessens- und Entscheidungsraum bei Festlegungen von Geschwindigkeitsbegrenzungen im eigenen Gemeindegebiet eingeräumt werden sollte. Für uns ist unverständlich, warum trotz der Resolution des Deutschen Bundestages vom 17.01.2020 noch immer kein weiterer Fortschritt bei dieser Fragestellung zu verzeichnen ist.

Aus diesem Grund möchten wir als Gemeinde klar zum Ausdruck bringen, dass auch wir für Rastede die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ unterstützen und mit dem Ziel beitreten wollen, dem kommunalen Bündnis in den erforderlichen Abstimmungen und Verhandlungen mit dem Bund ein noch stärkeres Gewicht verleihen zu können.

Auch die Deutsche Verkehrswacht e.V. (DVW) unterstützt die parteiübergreifende Initiative. Mit überwältigender Mehrheit hat die DVW dies auf ihrer Hauptversammlung im Juni 2023 beschlossen. Das zeigt beispielhaft, wie wichtig mehr kommunale Entscheidungsfreiheit für die Sicherheit im Straßenverkehr ist.

Jan Hoffmann